



## Auf ins Politjahr 2021!

Das Jahr beginnt mit einem Jubiläum: Nach jahrelangem Ringen wurde den Schweizerinnen am 7. Februar 1971 endlich das Stimm- und Wahlrecht zugestanden. Doch so schön es ist, dieses Jubiläum zu feiern: Auch nach 50 Jahren ist echte Gleichstellung noch nicht erreicht, und wir dürfen nicht auf Errungenem stehenbleiben. Die Zeit ist reif für einen weiteren Demokratieausbau! Damit beschäftigt sich unsere Veranstaltungsreihe, die im Februar mit der Plakatkampagne «Lieber GLEICH berechtigt als später» startet und deren Höhepunkt wir im August mit einem bunten Fest feiern.

Das Jahr wird uns auch sonst politisch bewegen: Die Bewältigung der Corona-Krise steht sicher im Zentrum. Es gilt, die nötigen Massnahmen zu beschliessen, um die Gesundheit aller bestmöglich zu schützen, und die wirtschaftlich Betroffenen angemessen zu entschädigen. Niemand darf im Stich gelassen werden! Neben den kommunalen Wahlen erwartet uns im Juni die wohl wichtigste Abstimmung des Jahres: das Referendum zum CO<sub>2</sub>-Gesetz. Obwohl es noch lange nicht ausreicht, um die Klimaziele zu erreichen: Es ist ein wichtiger Schritt in die erneuerbare Energiezukunft! Entsprechend aktiv wird sich die SP Aargau im Abstimmungskampf beteiligen.

Ich wünsche uns allen viel Schwung und Erfolg beim Anpacken dieser politischen Herausforderungen!

Gabriela Suter von Aarau, SP-Nationalrätin und Präsidentin der SP Aargau



# LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
192 · Ausgabe AG · Januar 2021



## Aargau 2033

Am 1. Januar 2021 hat Dieter Egli sein Amt als Aargauer Regierungsrat angetreten. Ich wünsche ihm in seiner neuen Funktion alles Gute, viel Glück und Erfolg.

Am 1. April 2009 stand ich vor der gleichen Herausforderung. Meine 12 Amtsjahre waren intensiv, und dennoch gingen sie wie im Flug vorbei. Einiges war absehbar, vieles kam überraschend. Auf diese Zeit zurückzublicken, ist nicht meine Aufgabe. Katharina Kerr, Gabriela Suter und Cédric Wermuth haben dies im letzten links.ag mit wertschätzenden Worten getan. Dafür danke ich ihnen von Herzen.

Interessanter als ein Rückblick ist der Ausblick. Was wird in den nächsten 12 Jahren geschehen? Der übliche Gang der Dinge, vorhersehbar und gemächlich? Oder neue Wirtschaftskrisen, Pandemien, eine verkorkste Europapolitik, Naturkatastrophen, rasant fortschreitender Klimawandel? Wir wissen es nicht. Und wird sich der Aar-

gau bis 2033 verändern? Wird er 2033 effektiv merklich anders aussehen als heute? Mehr Zersiedelung und mehr Strassen – weniger oder mehr Steuern – gesellschaftlicher Wandel zum Guten oder zum Schlechten?

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden für unsere Überzeugungen einstehen und kämpfen. Kein Zweifel! Der Lackmустest unserer Erfolge wird auch 2033 sein: Wie wird sich die Gesellschaft in unserem Kanton in diesem Dutzend Jahren verändert haben? Schliesst sie mehr ein oder mehr aus?

Zentrales Ziel unserer Politik ist es, dass möglichst alle dazugehören können, die dazugehören wollen. Unabhängig von ihrem Geldbeutel, unabhängig von ihrer Ausbildung, unabhängig von ihrer Herkunft. Dass niemand beiseite geschoben und vergessen wird. Inklusionsförderung und Ausschlussbremse, lautet die Parole! Die Umsetzung ist Fleissarbeit; Erfolge und Frus-

trationen lösen sich ab. Die grossen Würfe in der Sozialpolitik gelangen meist auf Bundesebene. Das wird auch in Zukunft so sein. Nicht weniger bedeutsam sind jedoch die kleinen Fortschritte im Kanton.

Und vergessen wir nicht: Sozialdemokratische Politik muss in den Städten und Dörfern beginnen. Dort bieten sich oft mehr Möglichkeiten, als man meint, um gesellschaftliche Veränderungen zu initiieren. Deshalb sind die kommunalen Wahlen im nächsten Herbst wichtig. Warten auf den Kanton ist oft eine bequeme Ausrede. Zumindest in jenen Gemeinden, in denen überhaupt Handlungsspielraum besteht: Tagesschulen, bezahlbare Kita, Partizipation in den Quartieren, digitale Fitness für alle – und vieles mehr.

Wer die Gemeindeebene vernachlässigt, verliert. Und wir wollen gewinnen.

Urs Hofmann von Aarau war von 2009 bis Ende 2020 Aargauer SP-Regierungsrat.

50 JAHRE FRAUENSTIMMRECHT

# Wo stehen wir heute?

**DAS FRAUENSTIMMRECHT IST EIN MENSCHENRECHT. VOR ZEHN JAHREN, 40 JAHRE NACH DER HISTORISCHEN ABSTIMMUNG, ALS DIE VERFASSUNGSÄNDERUNG VOM MÄNNLICHEN STIMMVOLK MIT 621 109 GEGEN 323 882 STIMMEN ANGENOMMEN WURDE, STELLTEN WIR FEST (LINKS.AG 116), DASS ES NOCH BENACHTEILIGUNGEN VOR ALLEM IN DER WIRTSCHAFT GIBT. WO STEHEN WIR HEUTE? WAS HAT SICH GENDERMÄSSIG SEIT 2011 GETAN? LINKS.AG STELLTE VIER FRAUEN AUS VERSCHIEDENEN GENERATIONEN FRAGEN DAZU. AUS EPIDEMIOLOGISCHEN GRÜNDEN KONNTE DER AUSTAUSCH NUR SCHRIFTLICH ERFOLGEN – WIR ALLE SIND ZOOM-MÜDE.**



Die Fragen lauteten:

**1. Was hat sich seit 2011 für Frauen in den Bereichen Bildung/Ausbildung, Beruf, Familie, Politik geändert? Welche politischen und wirtschaftlichen Kräfte waren dabei beteiligt? Wie haben Frauen die Politik verändert?**

**2. Was müssen wir am dringendsten verbessern? Wo gibt es heute noch Benachteiligungen aus Gründen des Geschlechts? Was erwarte ich von der Zukunft für die Frauen?**

## Ursula Mauch

Die grosse Durchlässigkeit bei praktisch allen Bildungswegen hat auch den Frauen sehr viel gebracht. Bildungseinbahnen gibt es praktisch nicht mehr. Was für männliche Jugendliche schon lange für fast selbstverständlich galt, nämlich eine Berufswahl und der Einstieg in eine entsprechende Ausbildung, war für weibliche Jugendliche lange viel weniger selbstverständlich. Zweifellos haben SP-Politikerinnen und -Politiker auf allen politischen Ebenen massgebend zur Entwicklung unseres vorbildlichen Bildungssystems beigetragen. Lebenslange Weiterbildung ist auch den Gewerkschaften ein ganz zentrales Anliegen.

Vor ein paar wenigen Wochen erschien in einer Aargauer Zeitung ein Inserat der Regionalverwaltung einer grossen Aargauer Bank. Das ganze Kader war abgebildet: 7 oder 8 Männer, 0 Frauen. Ich starrte das Inserat an und konnte es nicht fassen. 2020 so was! Oder haben Sie sich schon geachtet in den Filialen der beiden grossen Grossverteiler: Irgendwo bei den Kassen hängen Bilder von den «Leitern» der Filialen, praktisch nur Männer. An den meisten Kassen sitzen

Frauen, aber leiten tun Männer. Das ist eben immer und trotz allen Fortschritten noch Alltag.

Da erinnere ich mich mit grossem Stolz an ein Ereignis 1991, als unsere SP-Fraktion die Nichtwahl von Christiane Brunner in den Bundesrat nicht akzeptierte. Wir schafften es schliesslich, der Bundesversammlung eine Zweifrauenkandidatur zu präsentieren, wonach bekanntlich Ruth Dreifuss Bundesrätin wurde. Mir war nach diesem Coup unserer Fraktion eines vollkommen klar: Das war keine Eintagsfliege, der schweizerische Bundesrat wird NIE MEHR frauenlos sein! Das haben wir der Standfestigkeit unserer SP-Fraktion zu verdanken.



**Ursula Mauch** von Oberlunkhofen, Jahrgang 1935, dipl. Chemikerin, mit ihrem Gatten Samuel Mauch 1976 Begründerin des Forschungs- und Beratungsunternehmens für nachhaltige Entwicklung Infrac in Zürich (heute schweizweit), von 1974 bis 1980 Aargauer Grossrätin, 1979 als erste Aargauer Nationalrätin gewählt. Von 1987 bis 1995 Präsidentin der SP-Fraktion der eidgenössischen Räte.

## Barbara Kunz

Dass Ende 2018 zwei neue Bundesrätinnen in die Landesregierung gewählt wurden, die letzten Nationalratswahlen mehrere junge Frauen ins Parlament beförderten, Simonetta Sommaruga im letzten Jahr Bundespräsidentin war und in meinem Umfeld junge Paare Berufs- und Familienarbeit vermehrt partnerschaftlich teilen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in den letzten zehn Jahren nur wenig verändert hat. So sind in der Politik Frauen auf allen Ebenen und in

allen Gremien nach wie vor deutlich untervertreten, und bei den Löhnen bestehen weiterhin unerklärliche Unterschiede.

Noch immer sind es primär Frauen, die in Teilzeit arbeiten, während sie zugleich den grössten Anteil an unbezahlter Care-Arbeit leisten. Dies wirkt sich nachteilig auf ihr Auskommen im Rentenalter aus. Und von Armut und häuslicher Gewalt sind ebenfalls deutlich mehr Frauen als Männer betroffen.

Erfreulich ist, dass die #MeToo-Bewegung eine internationale Welle der Solidarität im Kampf gegen Diskriminierung ausgelöst und der Frauen\*streik 2019 in der Schweiz neuen Schwung in die Frauenbewegung und in die Genderthematik gebracht haben. Das Agieren aus Betroffenheit und das unerbittliche Einstehen der Linken für Grundrechte, Anerkennung und Respekt haben in der Vergangenheit zu einigen gesetzlichen Fortschritten geführt. Dass die Entwicklung stagniert und die Schweiz im internationalen Vergleich betreffend die reale Gleichstellung keine Lorbeeren ernten kann, ist jedoch ein Armutszeugnis für eine demokratische Gesellschaft.



**Barbara Kunz-Egloff** von Brittnau, Jahrgang 1957, Lehrerin/Dozentin, von 1993 bis 2000 Grossrätin und von 1996–2002 (Co-)Präsidentin SP Aargau, aktuell Präsidentin SP Bezirk Zofingen.

## Silvia Dell'Aquila

Die Veränderungen sind nicht gross, und doch ist in diesen Jahren einiges geschehen. Seit Anfang 2021 ist in den Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen börsenkotierter Unternehmen eine Quote von 30 Prozent

Frauen Pflicht, und es gibt eine, zwar verbesserungswürdige, Pflicht zur Lohnkontrolle für grosse Unternehmen. 2019 hat mit dem Frauenstreik eine der grössten Demonstrationen stattgefunden, welche die Schweiz je gesehen hat. Im Privaten ändert sich die Art, Familie zu verstehen, die Kinderbetreuung wird eher aufgeteilt, hier fehlt aber noch mehr staatliche Infrastruktur.

Politisch sind verschiedene Kräfte am Werk, nicht nur die Linke, die aus meiner Sicht vielleicht etwas Angst hat, radikale Forderungen zu stellen. Dass immer mehr Frauen in der Politik zu finden sind, hat einiges verändert. Doch warte ich noch auf den Tag, an dem eine Frau genauso schlecht sein kann wie ein Mann und es auch so wahrgenommen wird wie bei einem Mann und nicht als «schlimmer».

Unternehmen haben eingesehen, dass sich Diversität auszahlt und dass sich beispielsweise Lohnungleichheit auf die Länge negativ auswirkt. Wichtige Themen sind weiterhin die Elternzeit, die Darstellung von Frauen in den Medien, der sprachliche Einbezug von Frauen, die Ungleichbehandlung und Benachteiligung von Frauen. So war mir selbst nicht bewusst, dass die Medizin sich an weissen Männern orientiert, was Medikamente, Therapien etc. betrifft. Das wird nun zum Thema, und die Gendermedizin wird breiter besprochen als noch vor einigen Jahren. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir dran bleiben müssen, damit sich etwas ändert.



**Silvia Dell'Aquila**, Jahrgang 1976, Soziologin, Regionalleiterin VPOD Aargau/Solothurn, Grossrätin.

#### **Elena Flach**

Nach zehn Jahren hat sich strukturell für Frauen\* nur wenig verändert. Auch wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser geworden ist, fehlt es weiterhin an genügend KiTa-Plätzen. Auch die starren Arbeitszeiten erschweren es Müttern, aber auch Vätern, Kind und Job unter einen Hut zu bringen. Immer noch sind es Frauen\*, die mehrheitlich Teilzeit arbeiten, damit geringere Karriereöglichkeiten haben und im Alter weniger Rente. Es zeigt sich jedoch, dass in der

Gesellschaft langsam ein Wandel stattfindet: Mit der Annahme des 2-wöchigen Vaterchaftsurlaubs hat die Schweiz einen kleinen Schritt in die richtige Richtung gemacht.

In der Schweiz gibt es zehn Prozent mehr stimmberechtigte Frauen\* als Männer\*. Trotzdem sind Frauen\* in der Politik in der Minderheit. Dies hat verschiedene Gründe. Einerseits spielt die Partei eine Rolle: je linker, desto mehr Frauen\*. Die SP ist Spitzenreiterin, was die Geschlechtergleichheit in der Politik betrifft.

Wir leben immer noch in einer Gesellschaft, die von Männern für Männer konstruiert wurde und die die andere Hälfte der Bevölkerung und Minderheiten oftmals vergisst. So müsste als erstes die tatsächliche Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern hergestellt werden. So könnte man/frau die Erwerbs- und Familienarbeit fairer aufteilen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Anerkennung und Aufwertung von unbezahlter und bezahlter Care-Arbeit, die grösstenteils von Frauen\* verrichtet wird.

Ich erhoffe mir für die Zukunft, dass wir die patriarchalen Strukturen überwinden und die Gleichstellung endlich von der Traktandenliste gestrichen werden kann.



**Elena Flach** von Rekingen, Jahrgang 1991, ist Sozialpädagogin FH. Sie ist Co-Präsidentin der SP Frauen\* Aargau und Präsidentin der SP Zurzach.

Die Fragen stellte **Katharina Kerr** von Aarau, Jahrgang 1943, Journalistin, von 1993 bis 2009 Aargauer SP-Grossrätin, 1998 bis 2001 Fraktionspräsidentin, 2001 bis 2015 Präsidentin VPOD Aargau/Solothurn/ Konferenz Aargauischer Staatspersonalverbände.



## KOMMENTAR



### Die Frauen in der Grossratsfraktion

1971 ermöglichten die Männer im Aargau die Umsetzung des Menschenrechts auf politische Teilhabe. Marlene Eva Baenziger, Präsidentin des Frauenstimmrechtsvereins, war die erste Frau im Aargauer Grossen Rat, allerdings nur für drei Monate im Jahr 1972. Damals erhob die SP eine Stimmrechtsbeschwerde gegen das Nachrücken von Baenziger.

Heute hat die SP-Fraktion einen Anteil von 57 Prozent Frauen. Angeführt wird die Fraktion von zwei Frauen im Co-Präsidium (Colette Basler und Claudia Rohrer), die SP stellt 2021 mit Elisabeth Burgener Broglio die Vize-Präsidentin I des Grossen Rats. Die Frauen der SP sind sicht- und hörbar. Was 1972 holprig begann, ist in der SP auf gutem Weg. Die Pandemie zeigt exemplarisch die strukturellen Diskriminierungen auf. Viele Frauen arbeiten in Berufen, in welchen sie stark gefordert und tief entlohnt werden. Viele Frauen reduzieren ihr Pensum infolge der Betreuungsarbeit. Bei dieser Kombination ist eine Einbusse von 20 Prozent im Einkommen existenzbedrohend. Die typisch weiblichen Biografien (Betreuungsarbeit und Erwerbsarbeit im niedrigen Lohnsegment) führen somit noch immer zu einem höheren Risiko der Verarmung auch im Alter. Die SP-Fraktion will die Situation der Frauen im Aargau sicht- und hörbar machen. Das Menschenrecht der politischen Teilhabe wird seit 50 Jahren gewährt, beim Recht auf soziale Teilhabe gibt es weiterhin erhebliche, auch geschlechtsspezifische Unterschiede. Die SP will gegen diese strukturellen Benachteiligungen in Politik und Gesellschaft angehen. Die Mitglieder der SP-Fraktion sind offen für Ideen, meldet euch bei den Fachausschüssen oder direkt bei euren Parlamentarier\*innen des Bezirks.

Claudia Rohrer von Rheinfelden ist Co-Präsidentin der SP-Fraktion.

## KOMMENTAR



## Hat uns das Frauenstimmrecht gesellschaftlich weitergebracht?

50 Jahre nach dem überfälligen Ende des exklusiven Männerstimmrechts ist es frustrierend: Noch immer erhalten Frauen weniger Lohn, sind in Machtpositionen untervertreten oder werden strukturell und ideell in Haushalt und Kinderbetreuung gedrängt.

Die Gesellschaft vor 50 Jahren kenne ich nur aus Medien und Erzählungen. Da gab es wohl wenig andere Möglichkeiten für Frauen, als sich von Männern abhängig zu machen. Da war es eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, dass Frauen «auf ihren Platz» verwiesen wurden, da sie angeblich von vielem keine Ahnung hatten. Glücklicherweise ist Sexismus in diesem Ausmass heute nicht mehr salonfähig. Ja, Fortschritt hat stattgefunden.

Am Beispiel des Partnerschaftsgesetzes, für das ich vor über 15 Jahren erstmals politisch aktiv wurde, konnte ich eine solche Entwicklung selber erleben. Dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften per Volksabstimmung rechtlich anerkannt wurden, hat die gesellschaftliche Akzeptanz gestärkt. Auch hier sind wir zwar mit dem Gesetz die Homophobie bei weitem nicht losgeworden, diese hat jedoch genauso wie der Sexismus an Legitimität verloren.

Der Kampf um gleiche Rechte ist ein wichtiger Teil auf dem Weg zu einer sozialen Gesellschaft. In diesem Sinne freue ich mich schon heute auf den Film «Die göttliche Ordnung 2» zum Ausländer\*innenstimmrecht – und auf das damit verbundene Entsetzen darüber, wie selbstverständlich fremdenfeindlich unsere heutige Gesellschaft doch war.

Der Schulische\*r Heilpädagog\*in und Queeraktivist\*in Ruben Ott von Baden ist Mitglied des Vorstands der SP der Stadt Baden.

# Im neuen Amt: Was steht an?

**MIT MEINEM AMTSANTRITT ALS REGIERUNGSRAT AM 1. JANUAR 2021 HABE ICH DIE POLITIK ZUM BERUF GEMACHT, UND ICH VERSUCHE, FÜR DIE MENSCHEN IM AARGAU ZU ARBEITEN. EIN KURZER BLICK AUF MEINE BEFINDLICHKEIT IN DEN ERSTEN AMTSTAGEN UND AUF WICHTIGE THEMEN IN MEINEM DEPARTEMENT VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES (DVI):**

Nach 18 Jahren als Parlamentsmitglied in die Regierung zu wechseln, hat es in sich: Aussagen zu machen, die nicht nur für eine Partei, sondern für alle gelten müssen, ist herausfordernd. Und der Druck ist gross bei Entscheidungen, die für viele Menschen

Härtefalleleistungen für Unternehmen, dessen Finanzierung sich Bund und Kantone teilen, ist das DVI federführend. Es ist schön zu sehen, dass die Zahlungen, die seit Mitte Dezember fliessen, für viele Betriebe eine Hoffnung sind, die Krise zu überstehen und Arbeitsplätze zu retten. Auch das bekommt man in einem solchen Amt hautnah und eindrucksvoll mit. In Prüfung sind weitere Massnahmen, vor allem Teil-Entschädigungen von Fixkosten wie Mieten.



Auswirkungen haben – teils gar existenzielle. Ich spüre: Man erwartet etwas von mir – aber auch die Bereitschaft, mich in meiner Arbeit zu unterstützen, ist gross. Die unsichere Zeit rund um Corona brachte es auch mit sich, dass über die Festtage viele Arbeiten und Entscheidungen anstanden, in die ich soweit möglich bereits miteinbezogen wurde. So war denn mein erster Arbeitstag kein «Kaltstart».

### Wirtschaft und Arbeitsplätze

Die zweite Welle macht uns allen zu schaffen – und sie macht politische Entscheidungen nicht einfacher und nicht weniger folgenreich. Wie gut, sinnvoll oder gar gerecht getroffene Massnahmen sind, ist ungewiss. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Situation immer wieder neu zu analysieren – und die Massnahmen breit zu diskutieren. Die Politik kann mindestens gewisse wirtschaftliche Folgen abschwächen. Beim Programm

### Integration

Trotz Corona: Es gibt auch langfristige Themen im DVI, so die Integrationspolitik. Dazu steht dieses Jahr eine wichtige Entscheidung an. Denn das mit dem Bund koordinierte kantonale Integrationsprogramm, das bis Ende Jahr dauert, soll um zwei Jahre verlängert werden. Den nötigen Kredit wird im Sommer das Parlament beraten. Mit dem Programm konnten in den letzten vier Jahren wichtige Schritte bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gemacht werden. So arbeiten heute sechs regionale Integrationsfachstellen intensiv mit dem Kanton zusammen, und die wichtige freiwillige Arbeit im Asylbereich wird besser unterstützt. Diese Arbeit muss und wird weitergehen.

ten heute sechs regionale Integrationsfachstellen intensiv mit dem Kanton zusammen, und die wichtige freiwillige Arbeit im Asylbereich wird besser unterstützt. Diese Arbeit muss und wird weitergehen.

### Sicherheit

Die Arbeit der Polizei ist in Corona-Zeiten komplexer – und immer wieder abhängig von den aktuellen Regelungen und der Stimmung in der Bevölkerung. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass es im Aargau mehr Polizeikräfte braucht. Denn in Bereichen wie der Menschenhandels- oder der Internet-Kriminalität müssten wir mehr tun. Dafür setze ich mich ein – auch wenn im Frühling ein Bericht veröffentlicht wird, der das duale Sicherheitssystem mit Kantonspolizei und verschiedenen Regionalpolizeien unter die Lupe nimmt.

Dieter Egli von Windisch ist seit Januar 2021 Aargauer SP-Regierungsrat.

AARGAUER KOMMUNALWAHLEN 2021

# Ihr braucht nur zu fragen

**NACH ZWEI INTENSIVEN WAHLJAHREN AUF DER NATIONALEN UND KANTONALEN EBENE WERDEN AUCH IN DIESEM POLITJAHR WAHLEN EINE ZENTRALE ROLLE SPIELEN. ÜBERALL IM AARGAU FINDEN DIE KOMMUNALWAHLEN STATT. DABEI HANDELT ES SICH UM UNGLAUBLICH WICHTIGE WAHLEN. DENN GENAU DORT BEGINNT DIE ARBEIT DER SP: IN DEN GEMEINDEN UND IHREN SEKTIONEN, WO UNSERE WÄHLER\*INNEN ZU HAUSE SIND.**

Die letzten zwei Wahljahre haben gezeigt, dass es viel Einsatz und Engagement braucht, damit wir als SP unseren Wähler\*innenanteil halten oder ausbauen können. Umso wichti-



ger ist es, mit der Planung der Kommunalwahlen frühzeitig zu beginnen und mit einem gelungenen Wahlkampf zu überzeugen. Die SP Aargau möchte aus diesem Grund die Sektionen so gut wie möglich in diesen Wahlkämpfen unterstützen und hat ein Konzept mit Unterstützungsangeboten dazu erarbeitet.

Bereits 2017 bot die SP Aargau den Sektionen verschiedene Unterstützungen des Wahlkampfes an. Viele Sektionen haben vor vier Jahren mit uns zusammengearbeitet und unsere Angebote genutzt. Auch dieses Jahr bieten wir wieder verschiedene Möglichkeiten der Unterstützung der kommunalen Wahlkämpfe an. Dies beginnt schon bei der Wahlkampfplanung: Gerne helfen wir unseren Sektionen, ganz egal, ob es sich um inhaltliche oder thematische Fragen handelt. Wir haben in der Partei in den letzten Jahren viel Knowhow gesammelt, sei es thematisch bei unseren Expert\*innen aus den Fachausschüssen oder bei handwerklichen Fragen im Sekretariat.

So wird es beispielsweise verschiedene (Online-)Bildungsveranstaltungen zu kommunalen Themen geben, organisiert von unseren Fachausschüssen. Im Sekretariat haben wir nun seit mehreren Jahren auch eine professionelle Fundraising-Stelle. Claudio Bernet hilft gerne auch den Sektionen bei allen Fragen rund um das Sammeln von Spenden.

Auch auf die Basiskampagne möchten wir bei diesen Wahlen ebenfalls erneut setzen. In den letzten Jahren hat sich dieses Kampagnenmittel mehr als bewährt. Kaum eine andere Partei hat ein solch mächtiges Instrument, um die eigenen Wähler\*innen zu mobilisieren. Und kaum ein anderes Kampagnenmittel schafft es, so viele Engagierte SPler\*innen für einen Wahlkampf zu begeistern. Gerade bei Kommunalwahlen kommt es oftmals nur auf wenige Stimmen an. Und genau dort kann ein Telefonat oder ein Tür-zu-Tür Gespräch den Ausschlag geben.

Gekoppelt an die Basiskampagne möchten wir auch die Mitgliederaktivierung fördern. So sollen auch Mitglieder, die seit langer Zeit nicht aktiv waren, wieder zu Stand-, Flyer- oder Telefonaktionen mobilisiert werden. Parallel zu der Aktivierung der bestehenden Mitglieder gilt es in der gesamten Kampagnenplanung das Gewinnen neuer Mitglieder mitzudenken. Hierfür unterstützen wir die Sektionen mit Handbüchern, Flyern und Broschüren.

Alle Sektionen wurden bereits über die Möglichkeiten und Unterstützungsangebote informiert und können sich jederzeit gerne bei uns melden. Wir freuen uns, mit möglichst vielen Sektionen zusammenzuarbeiten und gemeinsam erfolgreiche Wahlkämpfe zu führen.

Sascha Antenen von Zofingen ist politischer Sekretär der SP Aargau.

## KOMMENTAR



ABSTIMMUNG VOM 7. MÄRZ 2021

### Nein zum Verhüllungsverbot!

Das Egerkinger Komitee will an seinen Erfolg bei der Minarett-Initiative anknüpfen und mit Unterstützung von Feministinnen ein Burkaverbot in der Verfassung verankern. Die Initiative, die eine Verhüllung des Gesichts im öffentlichen Raum verbieten will, zielt in erster Linie auf die schätzungsweise 95 bis 130 Burka- und Nikab-Trägerinnen in der Schweiz ab. Auch wenn die Burka als patriarchalisches Symbol abzulehnen ist, ist ein Verbot falsch. Ein solches Verbot trägt weder zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern bei, noch fördert es die Integration und gesellschaftliche Teilhabe betroffener Frauen. Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative soll eine kleine Gesetzeslücke geschlossen werden: Im Kontakt mit Behörden soll es zwecks Personenidentifizierung eine Pflicht geben, das Gesicht zu enthüllen. Zusätzlich nimmt der Gegenvorschlag gleichstellungspolitische Forderungen auf. So sollen vom Bund geförderte kantonale Integrationsprogramme den besonderen Anliegen von Frauen, Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen. Und zukünftig sollen gestützt auf das Gleichstellungsgesetz auch Förderprogramme ausserhalb des Erwerbslebens möglich sein.

Das Parlament empfiehlt, am 7. März 2021 ein Nein zum Verhüllungsverbot und ein Ja zum indirekten Gegenvorschlag in die Urne zu legen. Folgen wir dieser Empfehlung, denn mit einem Burka-Verbot kommen wir der Vision einer gleichberechtigten, diskriminierungsfreien und inklusiven Gesellschaft keinen Schritt näher! Vielmehr braucht es eine breit abgestützte Gleichstellungsoffensive mit konkreten Massnahmen gegen Gewalt an Frauen, für Lohngerechtigkeit und für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin.

## Gleichstellung – gestern, heute, morgen

### Veranstaltungsreihe zum 50-Jahr-Jubiläum Frauenstimmrecht

- 2.–7.2. Lieber GLEICH berechtigt als später  
Plakatkampagne & Verteilaktionen an Bahnhöfen  
Organisation: SP Aargau und SP Frauen\* Aargau
- 24.2. Mehr Demokratie! Stimmrecht für alle!  
20 Uhr: Online-Diskussionsrunde zum Ausländer\*innenstimm- und Wahlrecht  
Moderation: SP Migrant\*innen Aargau
- 1.3. Losen statt wählen?  
19.30 Uhr: Online-Diskussionsrunde zur Losdemokratie  
Moderation: Lelia Hunziker
- 8.3. Weltfrauentag  
19 Uhr: Online-Diskussionsrunde mit Pionierinnen des Frauenstimmrechts  
Moderation: SP Frauen\* Aargau
- 20.4. 50 Jahre nach dem Frauenstimmrecht  
19.30 Uhr: Online-Diskussion zu einem aktuellen Podcast von Isabel Rohner und Regula Stämpfli (*diepodcastin.de*)  
Moderation: Claudia Rohrer  
Weitere Daten:  
16.6., 19.30 Uhr  
22.9., 19.30 Uhr  
24.11., 19.30 Uhr
- Datum folgt:  
Stimmrechtsalter 16 – aber sicher!  
Online-Diskussion  
Moderation: Juso Aargau
- 21.8. SP-Fest 50 Jahre Frauenstimmrecht  
Nachmittag: Wir feiern das Jubiläum mit einem bunten Fest, blicken zurück und in die Zukunft.  
Kiff Aarau

Die Einladungen und Links zu den Online-Veranstaltungen (Zoom) werden jeweils einige Tage vorab per Mail an alle Mitglieder versandt.



## ABSTIMMUNG DIGITALER PASS

# Die E-ID – ein privatisierter digitaler Pass

**MIT DER E-ID SOLL EINMAL MEHR EINE GRUNDSÄTZLICH STAATLICHE AUFGABE IN DIE HÄNDE PRIVATER KONZERNE GELEGT WERDEN. ES HANDELT SICH BEI DIESER VORLAGE UM EINEN EIGENTLICHEN DAMMBRUCH. ZUM ERSTEN MAL SOLL EIN AMTLICHER AUSWEIS VON UNTERNEHMEN WIE BANKEN UND VERSICHERUNGEN HERAUSGEGEBEN WERDEN.**

Es ist unbestritten, dass wir auch in der Schweiz die Möglichkeiten schaffen sollten, dass der Austausch mit staatlichen Stellen digital möglich wird und dass sichergestellt ist, dass nur berechtigte Personen bestimmte persönliche Dokumente, wie einen Strafregisterauszug oder die eigenen Gesundheitsdaten einsehen können.

Doch die vorgesehene Lösung ist eine Bankrotterklärung des Service-Public-Gedankens. Mit dem Argument, der Staat habe das technische Know-how nicht, wird privaten Unternehmen mit der Herausgabe des digitalen Passes die Möglichkeit gegeben, sich eine goldene Nase zu verdienen, und dies ohne wirklich Verantwortung für allfälligen Datenmissbrauch übernehmen zu müssen. Wo, wenn nicht bei privaten Unternehmen sind in den letzten Jahren die grossen Datenpannen passiert? Es gibt keinen Grund, davon auszugehen, dass die Unternehmen besser in der Lage wären als der Staat, die E-ID professionell zu entwickeln und anzubieten.

Die private Lösung ist auch mit einer völlig unnötigen Umverteilung von unten nach oben verknüpft. Denn dieser private digitale Ausweis soll auch für das Login bei Online-Shops genutzt werden. Dabei müssen jedes KMU und jede/r Selbständige, der/die einen kleinen Online-Shop betreibt, einen Obolus an die privaten Herausgeber des digitalen Passes entrichten. Und zwar für jedes Mal, wenn sich jemand mit der E-ID einloggt. Es handelt sich dabei um nichts anderes als um eine staatlich garantierte Gelddruckmaschine für Grosskonzerne, die auf dem Buckel der Konsumentinnen und Konsumenten und den kleinen Gewerbebetrieben betrieben wird.

Sowohl die Seniorenverbände, acht Kantone, sowie eine Allianz von verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft und von Personen aus Parteien wie der SPS, der Grünen, aber auch der Mitte, GLP und FDP lehnen das Gesetz ab. Über 80 Prozent der Bevölkerung will gemäss einer repräsentativen Umfrage, dass der digitale Pass vom Staat herausgegeben wird.

Aktuelle Brisanz erhält die Vorlage nun auch im Zusammenhang mit dem elektroni-



schen Impfbüchlein und dem elektronischen Patientendossier. Beides sind im Prinzip sinnvolle Ideen, solange die Nutzung freiwillig bleibt und vor allem, so lange der Datenschutz gerade bei derart sensiblen Daten gewährleistet ist. Beide Projekte sollen dereinst mit der E-ID verknüpft werden!

Zu guter Letzt müssen wir uns auch, entgegen der Behauptungen der Befürworter, keine Sorgen machen, dass wir bei einer Ablehnung dieser Vorlage den Anschluss an die Digitalisierung verlieren. Erstens kann das Gesetz problemlos rasch so angepasst werden, dass anstelle der privaten Konzerne der Staat zum Herausgeber wird, und zweitens geht es dann doch nicht so schnell, dass wir gleich den Anschluss verlieren, wenn wir uns in dieser Frage genügend Zeit lassen und eine sinnvolle staatliche Lösung entwickeln, die den Menschen dient und nicht den Konzernen.

**Darum NEIN  
zum privaten digitalen Pass,  
NEIN zum E-ID-Gesetz.**

Andreas von Gunten von Kölliken ist SP-Vizeammann von Kölliken.

# Covid-19 und die drohenden sozialen Ungleichheiten

**DANK KURZARBEITSENTSCHÄDIGUNGEN, ERWERBSERSATZZAHLUNGEN FÜR SELBSTÄNDIGE UND CORONA-KREDITE STIEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT UND DIE SOZIALHILFE-FALLZAHLEN IM JAHR 2020 NUR WENIG AN. HINGEGEN REIHTEN SICH IMMER MEHR MENSCHEN IN DIE SCHLANGEN VOR DEN LEBENSMITTELABGABEN EIN ODER WANDTEN SICH IN IHREN AKUTEN FINANZIELLEN NOTLAGEN AN HILFSWERKE WIE CARITAS, WINTERHILFE ODER HEILSARMEE.**

Viele lebten bereits vor der Krise von der Hand in den Mund und können nun die pandemiebedingten Einkommenseinbussen oder Mehrausgaben unmöglich abfedern. Häufig betroffen sind Alleinerziehende, Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus und Personen in prekären Arbeitsverhältnissen. Der Entscheid in der Wintersession, die Kurzarbeitsentschädigung für tiefe Einkommen bis 3470 Franken auf 100 Prozent zu erhöhen, war bitter nötig.

## Arbeiten bis zur Erschöpfung für wenig Lohn

Gleichzeitig gibt es Menschen, die in der Krise zum Wohl aller enorm viel leisten. Sie pflegen die Kranken, liefern Pakete, putzen und desinfizieren, kümmern sich in Kitas um die Kinder. Sie nehmen Corona-Ansteckungen in Kauf, denn ihre systemrelevanten Aufgaben lassen sich nicht im Homeoffice erledigen. Wenig Lohn und schlechte Arbeitsbedingungen gehören zu ihrer Berufsrealität. Die Gründe für die schlechte Entlohnung sind je nach Branche unterschiedlich. In Bereichen, die wegen Corona boomen, so im Onlinehandel, werden die Spitzen in der Arbeitslast mit Angestellten von Subunternehmen und mit Leihpersonal bewältigt. Die Bezahlung in Care-Berufen ist seit je schlecht. Und leider tut sich eine Mehrheit schwer mit der Stärkung der Pflege.

## Die Politik bleibt weiter gefordert

Auch wenn die Corona-Impfung Hoffnung macht, dass die Pandemie im Laufe des Jahres 2021 abflacht, wird die Covid-19-Krise die Politik noch lange beschäftigen.

Die Erhöhung der Kurzarbeitsgelder für tiefe Einkommen wurde befristet bis Ende März 2021 beschlossen. Die Problematik, dass eine Entschädigung von 80 Prozent für Menschen mit tiefen Einkommen einfach nicht ausreicht, besteht jedoch auch in Normalzeiten. Die Regelung der Kurzarbeitsent-

schädigung muss generell überprüft werden. Seit Ausbruch der Pandemie ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt angespannt. Das Seco meldet einen massiven Anstieg von Langzeitarbeitslosigkeit. Mit der Verlängerung der ALV-Taggelder könnten Corona-bedingte Aussteuerungen in den nächsten Monaten verhindert werden.

Die Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherheit ist nicht geeignet, strukturelle Probleme wie Familienarmut zu lösen. Die Antwort auf strukturell bedingte Notlagen sollten Bedarfsleistungen wie Familien-Ergänzungsleistungen oder Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose sein. Die Forderung nach unbürokratischen Direktzahlungen für Haushalte und Einzelpersonen sollte deshalb dringend genauer geprüft werden.

## Gerechte Verteilung der finanziellen Last

Die Corona-Hilfspakete kosten viel Geld, und die Schweiz wird – wie alle anderen Länder – mit hohen Schulden aus der Krise kommen. Eine Diskussion, wie die Lasten der Pandemie verteilt werden können, wird kaum geführt. Auch Selbständigerwerbende sind bei einer länger andauernden Erwerbseinkommenseinbusse auf Unterstützung angewiesen. Es ist deshalb an der Zeit, eine freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbständigerwerbende einzuführen.

Ohne gezielte Gegenmassnahmen werden die Steuerzahlerinnen und die Steuerzahler und die Menschen, die auf Leistungen der sozialen Sicherheit angewiesen sind, am Ende die gesamte Zeche der Pandemie bezahlen. Jetzt muss das Parlament die Steuer in die Gegenrichtung reissen und adäquate Lösungen finden, damit nicht der Mittelstand, nicht die finanziell und sozial Schwächeren unter uns und auch nicht nur der Mittelstand die finanzielle Zeche der Krise bezahlen muss.

Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin.

## KOMMENTAR



## Die Pensionskasse ist für das Alter bestimmt – auch im Aargau

Im Sommer 2020 berichtete «Der Beobachter» über ein Sozialhilfeurteil aus dem Kanton Aargau. Eine Sozialhilfebezügerin wurde gebeten, sich frühzeitig pensionieren zu lassen, womit sie nicht mehr von der Sozialhilfe abhängig sei. Das Sozialamt schickte ihr umgehend eine Rechnung zur Bezahlung der aufgelaufenen Sozialhilfe, die sie mit den freiwerdenden Freizügigkeitsleistungen zu bezahlen habe. Die langjährig angesparten Gelder der Pensionskasse wurden bis auf einen Freibetrag von 5000 Franken aufgebraucht. Damit war die Frührentnerin auf Ergänzungsleistungen angewiesen, da sie mit der reduzierten AHV-Rente ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren kann. Meine Wohngemeinde Wettingen ging sogar so weit, dass sie von einer Person das gesamte Altersguthaben von rund 180 000 Franken einforderte, ohne aufzulisten, wie viel materielle Hilfe sie bezogen hat. Das ist in anderen Kantonen explizit verboten. Die Aargauer Gemeinden stellen sich aber auf den Standpunkt: Was kantonales Recht nicht ausdrücklich verbietet, wird gemacht. Gestützt wird das umstrittene Vorgehen durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts aus dem Jahr 2016. Die Angst von Sozialvorstehenden aus unseren Reihen, dass Personen, die frühzeitig in Pension gehen, ihre Freizügigkeitsleistungen verprassen und dann sowieso auf EL angewiesen seien, ist nicht gerechtfertigt. Und es kann nicht sein, dass die Gemeinden auf dem Buckel von Armutsbetroffenen ihre Kassen ausgleichen. Am 8. Dezember 2020 haben wir mit Kolleginnen aus anderen Fraktionen im Grossen Rat eine Motion (20.323) eingereicht, damit dieser Praxis ein Riegel vorgeschoben wird.

Lea Schmidmeister von Wettingen ist SP-Grossrätin.

# Die Arbeit der Geschäftsleitung



Rolf Schmid von Wil/Mettauertal ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

«Die Geschäftsleitung ist für die kurzfristige strategische Ausrichtung der Partei zuständig, sie entwickelt Strategien und trägt die Verantwortung und die Kontrolle für das operative Geschäft.» Mit dieser Formulierung beschreibt die SP Aargau die Aufgaben der Geschäftsleitung (GL) in den Statuten. Seit meiner Wahl in die GL im Juni 2018 weiss

ich, dass sich daraus immer wieder spannende Entscheidungen ergeben, die von grosser Tragweite für die Ausrichtung unserer Kantonalpartei sind.

Zuweilen hat die Arbeit im Gremium etwas Abstraktes, müssen wir doch das politische Geschehen voraussehen, Szenarien entwickeln und möglichst früh entscheiden. Die Arbeit in der GL bietet spannende Blicke hinter die Kulissen einer funktionierenden Partei. Sie erlaubt, das Verständnis für strategische Entscheidungen in der politischen Arbeit zu entwickeln. Inhaltliche Positionen erarbeiten wir nicht nur am Sitzungstisch, sondern im Austausch mit der Basis, unseren Gremien und den Behördenmitgliedern. Wir unterstützen die SP Schweiz, aber auch die Bezirke und Sektionen bei ihrer Arbeit und

sind um die politische Weiterbildung unserer Mitglieder besorgt. In der kantonalen Politik beschäftigen wir uns regelmässig mit Vernehmlassungen oder richten die SP strategisch und personell auf Wahlen und Abstimmungskampagnen aus.

Der grösste Teil unserer Entscheide wird letztlich im Alltag durch das Sekretariat ausgeführt, weshalb der Zusammenarbeit mit den Sekretär\*innen eine grosse Bedeutung zukommt. Obschon die Arbeit nicht von Rückschlägen und Niederlagen verschont bleibt, bereitet mir die Zusammenarbeit mit den anderen Gremien der Kantonalpartei grosse Freude. Gemeinsam übernehmen wir intern, wie auch gegenüber der Öffentlichkeit die Verantwortung für die Entwicklung der SP.

## Online-Diskussion mit unseren Nationalrät\*innen: Ausblick auf die Frühlingssession



23. Februar um 20:30 Uhr  
[www.sp-aargau.ch/live](http://www.sp-aargau.ch/live)

SP

## AUSSCHREIBUNG FÜR ZWEI SITZE IN DER GESCHÄFTSLEITUNG

Die Geschäftsleitung ist für die kurzfristige strategische Ausrichtung der Partei zuständig. Zu ihren Aufgaben gehören die Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse und die Entwicklung von politischen Strategien und Kampagnen. Die GL besteht aus dem Präsidium, dem Fraktionspräsidium, dem politischen Sekretariat sowie maximal fünf vom Parteitag gewählten Mitgliedern.

### Anforderungen:

- In der SP verankert, politische Erfahrung und Kenntnisse der kantonalen Politik
- Ausgeprägte strategische Denkweise
- Teamfähigkeit und Loyalität
- Bereitschaft, sich ehrenamtlich für die SP zu engagieren (ca. 20 Sitzungen/Jahr)

Wir freuen uns auf deine Bewerbung mit Motivationsschreiben und Lebenslauf (bis 1. April 2021 an [sekretariat@sp-aargau.ch](mailto:sekretariat@sp-aargau.ch)).

### IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau  
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75  
[sekretariat\(at\)sp-aargau.ch](mailto:sekretariat(at)sp-aargau.ch)  
[www.sp-aargau.ch](http://www.sp-aargau.ch)

Erscheint 6 Mal pro Jahr

Auflage links.ag: 3255

Redaktion: Katharina Kerr

[katkerr\(at\)katkerr.ch](mailto:katkerr(at)katkerr.ch)

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 11. Januar

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 8. März

Erscheinen nächste Ausgabe: 22. März 2021

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Silvia Dell'Aquila, Dieter Egli, Yvonne Feri, Elena Flach, Urs Hofmann, Katharina Kerr, Barbara Kunz, Ursula Mauch, Ruben Ott, Claudia Rohrer, Rolf Schmid, Lea Schmidmeister, Gabriela Suter, Andreas von Gunten und David Zehnder (Foto S. 9).

### AGENDA

17. Februar 2021, 19 Uhr

**Personen mit Strategien fördern.**

Online-Bildungsveranstaltung.

13. März 2021

**Die Kommunalpolitische Tagung wird abgesagt!**

Für die Kommunalwahlen finden

Zoom-Veranstaltungen nach Bedarf statt.

13. April 2021, 19.30 Uhr

**Juso: Stimmrechtsalter 16**

(wird elektronisch durchgeführt)

29. April 2021, 19 – 21 Uhr

**Ausserordentlicher Parteitag**

(wird elektronisch durchgeführt)

## ABSTIMMUNGEN VOM 7. MÄRZ PAROLEN DER SP AARGAU

### Eidgenössische Abstimmungen:

- Volksinitiative vom 15. September 2017 «Ja zum Verhüllungsverbot»: **NEIN**
- Bundesgesetz vom 27. September 2019 über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID): **NEIN**
- Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien: **NEIN**

### Kanton:

Auf kantonaler Ebene gelangen keine Vorlagen zur Abstimmung.